Zwischen Westen und Osten. Der schlesische Ständeparlamentarismus von seinen Anfängen bis in das 19. Jahrhundert

von
Marian J. Ptak

1. Die vorständischen Anfänge

Bei der Suche nach den Anfängen des schlesischen Ständeparlamentarismus sollte man dessen vorständischen Formen Aufmerksamkeit schenken, die mit der politischen Aktivität der damaligen Gesellschaft verbunden waren. Die einzige derartige bekannte Institution war das *colloquium*, eine Versammlung, die man als Fortsetzung der Stammeskundgebung betrachten kann.¹ Ihre ersten Erwähnungen verdanken wir dem Chronisten Gallus Anonymus, der zwei dieser Versammlungen in Breslau aus der letzten Dekade des 11. Jahrhunderts (1093, 1099/1100) beschreibt.² Der Grund ihrer Einberufung war ein Streit um die Teilung der Regierungsmacht in der polnischen Dynastie der Piasten zwischen Władysław Herman (1079-1102) und dessen Söhnen Zbigniew und Bolesław, in welchen die höchsten Würdenträger des polnischen Königreichs (Magnus, Sieciech, Wojśław) verwickelt waren. Beteiligt waren zunächst die *maiores, magnati, seniores* der *civitas* von Breslau und danach das gesamte Volk. Zu dieser Zeit erfolgte auch zum ersten Mal die Übertragung der Verwaltung Schlesiens an den jüngeren Herzog Bolesław, was den Chronisten veranlasste, Schlesien nicht als Provinz, sondern als Herzogtum zu bezeichnen. Dies war auch schon der Vorbote einer Formalisierung der politischen Besonderheit Schlesiens als Teilherzogtum der Piasten im Testament des genannten Bolesław Krzywousty (Schiefmund) aus dem Jahre 1138. Die von Gallus beschriebenen Versammlungen waren eine Zusammenkunft des Herzogs mit seinen Untertanen, die entweder nur mit Beteiligung der höchsten herzoglichen Würdenträger, der Reichen und der nicht näher fassbaren Älteren oder als erweiterte Versammlung mit Beteiligung des nicht näher beschriebenen Volkes stattfanden. Derartige Zusammenkünfte

---

¹ KAROL MODZELEWSKI: *Barbarzyńska Europa* [Barbarisches Europa], Warszawa 2004, S. 287-425.

² Anonima tzw. Galla Kronika czyli dzieje książąt i władców polskich [Die Chronik des sog. Gallus Anonymus also die Geschichte der polnischen Herzöge und Fürsten], in: *Monumenta Poloniae Historica, nowa seria, II*, hrsg. von KAROL MALECZYŃSKI, Kraków 1952. KLAUS ZERNACK: *Die burgstädtischen Volksversammlungen bei den Ost- und Westslawen*, Wiesbaden 1967, S. 243 f.; STANISŁAW RUSSOCKI: *Zgromadzenia przedstanowe środkowej Europy* [Die vorständischen Versammlungen Mitteleuropas], in: *Czasopismo Prawno-Historyczne* (künftig zit. CPH) 25 (1973), 2, S. 1-16.

gab es auch später in den einzelnen Herzogtümern des geteilten Schlesiens. Die Teilnehmer solcher Zusammenkünfte ohne Volksbeteiligung werden später in den Quellen *barones* genannt, die den Herzögen Rat und Billigung (*consilium et consensus*) gewährten. Diese Form der Zusammenkunft muss jedoch von dem engeren „herzoglichen Rat“ (*curia ducis*) unterschieden werden, der sich aus „Räten“ (*consiliarii*) zusammensetzte, die in den schlesischen Quellen bereits am Anfang der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts erscheinen.³ Aus diesem Rat ist das spätere charakteristische herzogliche Organ, das „Amt“ bzw. die „Regierung“ hervorgegangen.

Das Testament von Bolesław Krzywousty sanktionierte rechtlich die Teilbarkeit der Staatsmacht in der Piastenfamilie, eine horizontale, die sich in der Möglichkeit der Bildung von Herzogtümern im politischen Rahmen des Königreichs Polen ausdrückte, sowie eine vertikale, die sich in der Institution eines „Oberherzogs“ (*princeps, senior*) äußerte. Die natürliche Notwendigkeit, zwischen der wachsenden Zahl der Herzöge gemeinsame Standpunkte zu vereinbaren und Streitigkeiten zu lösen, führte zur Bildung einer zweiten Kategorie von Versammlungen, und zwar der herzoglichen Zusammenkünfte. Nach dem Wegfall der Institution des Oberherzogs wurde diese zum einzigen Organ der auf diese Weise entstandenen politischen Gemeinschaft der Piastenerzöge des Königreichs Polen (*duces Poloniae*)⁴.

Die Aufspaltung der Linie der schlesischen Piasten, die von Władysław II., dem ersten Oberherzog Polens und zugleich dem ersten Teilherzog Schlesiens, abstammten, begleitet von einer politischen Rivalität mit den restlichen Piasten mit dem Ziel der Oberherrschaft in Gesamtpolen, führte bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts zur Bildung einer politischen Gemeinschaft der schlesischen Herzöge. Diese funktionierte weiterhin in einem breiteren Rahmen der Gemeinschaft der polnischen Herzöge, welcher Władysław Łokietek (Ellenlang) 1320 durch seine Krönung zum König von Polen (Groß- und Kleinpolen) ein endgültiges Ende bereitete. Ihr institutioneller Ausdruck waren Zusammenkünfte der Piastenerzöge Schlesiens sowie die Gestalt eines herzoglichen Seniors, der in den schlesischen Quellen noch im 16. Jahrhundert erscheint. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass die Herzöge von Oppeln bzw. Oberschlesien sich bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts als polnische Herzöge titulierte. Eine Hauptrolle spielte die herzogliche Zusammenkunft, die seit dem 14. Jahrhundert die Bezeichnung „Fürstentag“ (*dieta ducalis, knížeci sněm*) führte. Seine vorständische, slawische und polnische Abstammung sollte in dieser Bezeichnung bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts in dem sogenannten österreichischen (böhmischen) Teil Schlesiens erhalten bleiben. In seiner ursprünglichen, ausschließlich

³ Schlesisches Urkundenbuch, bearb. von WINFRIED IRGANG, Köln – Wien, Bd. 3, 1986, Nr. 196, Bd. 4, 1988, Nr. 66, 184, 187.

⁴ Das bezeugen zahlreiche urkundliche Erwähnungen bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts.

herzoglichen Zusammensetzung hat er sich sporadisch noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts versammelt.

Der Prozess der Bildung der Stände in Schlesien fällt in das 13. Jahrhundert. Er war verbunden mit dem Eindringen des westeuropäischen Rechts und der Verfassungsmuster, deren Träger vor allem die Kirche, die Städte und das eingewanderte Rittertum waren. Hierbei handelte es sich um das kanonische und das deutsche Recht. Diese verursachten eine Erosion des ursprünglichen polnischen Rechts (*ius polonicum*) und der Verfassung des herzoglichen Rechts (*ius ducale*). Die in dieser Zeit entstehenden Klöster und Kapitel wie auch die Städte begannen, die Form korporativer Rechtspersonen (*communitas, universitas*) anzunehmen, die als kollektive Rechtssubjekte ihre Ziele mittels zweierlei Organen, und zwar der Versammlungen und der Ämter, realisierten. Diese beeinflussten, wie es scheint, wesentlich die Entstehung lokaler Korporationen der Ritterschaft im Umkreis der Burgen und Städte, die zu Zentren der Weichbilder wurden und militärische, gerichtliche, rechtliche, verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Funktionen ausübten. Die Weichbildkorporationen des Adels vereinigten sich danach zu einer föderativen Korporation des jeweiligen Herzogtums (Fürstentums), um politische Ziele weichbildüberschreitenden Charakters im Verhältnis zum Herzog und zu den Baronen sowie zum Klerus und zu den Städten zu verfolgen. Diese adeligen Korporationen verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit, da gerade sie das Substrat des politischen Zusammenwirkens der Stände und des monarchisch-ständischen Dualismus in den Herzog- und Fürstentümern wurden. Sie waren auch die Ursache dafür, dass der schlesische Ständeparlamentarismus auf drei Ebenen funktionierte: der gesamtschlesischen, der Ebene der einzelnen Herzogtümer und jener der Weichbilder.⁵

---

⁵ KAZIMERZ ORZECHOWSKI: *Ogólnośląskie zgromadzenia stanowe* [Die gesamtschlesischen Ständeversammlungen], Warszawa – Wrocław 1979; DERS.: *Historia ustroju Śląska 1202-1740* [Verfassungsgeschichte Schlesiens], Wrocław 2005; GUSTAV CROON: *Die Landständische Verfassung von Schweidnitz-Jauer. Zur Geschichte des Ständewesens in Schlesien*, Breslau 1912 (*Codex Diplomaticus Silesiae*, 27); MARIAN PTAK: *Zgromadzenia i urzędy stanowe księstwa głogowskiego od początku XIV w. do 1742 r.* [Ständische Versammlungen und Ämter des Herzogtums Glogau vom Beginn des 14. Jh.s bis zum Jahre 1742], Wrocław 1991 (*Acta Universitatis Wratislaviensis*, 1344, Prawo, 210), und andere monographische Studien über die Fürstentümer und Standesherrschaften Oels, Sagan, Münsterberg, Neisse, Liegnitz, Brieg, Wohlau, Teschen, Jägerndorf, Pleß, Trachenberg, Militsch, Groß Wartenberg, Loslau. Zum Stand der Ständeforschung Schlesiens siehe JOACHIM BAHLCKE: Ständeforschung, in: *Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft*, hrsg. von DEMS., Köln 2005, S. 207-234; DERS.: *Śląsk jako przedmiot badań stanowych. Tradycje i perspektywy badawcze w historiografii niemieckiej, polskiej i czeskiej* [Schlesien als Gegenstand der Ständeforschung. Forschungstraditionen und -perspektiven der deutschen, polnischen und tschechischen Historiographie], in: *CPH* 59 (2007), 1, S. 9-30.

2. Das ständische parlamentarische System des Herzogtums Ober- und Niederschlesien

2.1. Die gesamtschlesischen Versammlungen

Der Fürstentag als Versammlung lediglich der Piastenherzöge Schlesiens funktionierte nur so lange, bis er auch mit nichtpiastischen Herzögen und Vertretern der Stände besetzt wurde. In der Evolution seiner Zusammensetzung spielte eine wesentliche Rolle die sukzessive Anerkennung der Lehensobrigkeit des Königs von Böhmen und Polen (!), Johanns von Luxemburg, seitens der schlesischen Piasten, die 1327 begann⁶. In der politischen Struktur Schlesiens erschien damit ein Lehenssenior. Das Lehensrecht gab dem böhmischen König die formale Grundlage zur Übernahme der nichterblichen, nunmehrigen Lehensherzogtümer der Piasten und zur allmählichen Einschränkung ihrer Souveränität. Es erfolgte damit auch eine Mediatisierung der schlesischen Herzöge, die aus der Sicht des böhmischen Königs und der Stände des Königreichs Böhmen einen besonderen, privilegierten Stand im gesamtschlesischen Maßstab bildeten (ähnlich den Reichsfürsten). Auf dieser Grundlage übernahm Johann von Luxemburg bereits 1331 das Herzogtum Glogau und 1335 das mit einer besonderen politischen Bedeutung ausgestattete Herzogtum Breslau und wurde somit Herzog von Glogau und Breslau, mit dem früher das gesamtpolnische Prinzipat und das schlesische Seniorat verbunden gewesen war. 1336 wurde Nikolaus II. von Troppau Herzog von Ratibor, was in den 30er Jahren des 14. Jahrhunderts eine Umgestaltung des Fürstentags in eine Versammlung schlesischer Herzöge und Fürsten aus verschiedenen Dynastien bedeutete. Der piastische Charakter dieser Zusammenkünfte endete endgültig mit dem Tode des letzten schlesischen Piasten im Jahr 1675.

Eine weitere wesentliche Änderung war das Erscheinen von Vertretern des Adels, der Städte, des Klerus und der freien Standesherrn. Im Fürstentag waren freilich nur der Adel und die Städte der sogenannten Erbfürstentümer vertreten, d.h. derjenigen, in denen der böhmische König, als Herzog in Schlesien, der Herzog war. Dies ergab sich aus der bewussten Resignation des böhmischen Königs als schlesischer Herzog auf die Teilnahme am Fürstentag und der Übertragung der Vertretung des Erbfürstentums auf dessen Stände und demzufolge ihrer Gegenüberstellung gegenüber der Fürstengruppe. Der König platzierte sich somit in der Rolle eines übergeordneten politischen Faktors im Verhältnis zum Fürstentag, was in der Folge in der Annahme eines neuen Titels, des „Ober Herzogs in Schlesien“, Ausdruck fand. Als Erste erschienen die Vertreter der schlesischen Hauptstadt Breslau (1333) im Fürstentag und danach die des Adels der Herzogtümer Breslau, Schweidnitz und Jau-

---

⁶ MARIAN J. PTAK: Schlesien und seine Beziehungen zu Polen, Böhmen und dem Reich, in: Reiche und Territorien in Ostmitteleuropa. Historische Beziehungen und politische Herrschaftslegitimation, hrsg. von DIETMAR WILLOWEIT und HANS LEMBERG, München 2006 (Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa, 2), S. 35-50.

er. Seitdem war der Fürstentag nicht mehr nur ein Organ der Herzöge und Fürsten, sondern auch der Stände der Erbfürstentümer. Dies fand ebenfalls Ausdruck in der Bezeichnung dieser erweiterten gesamtschlesischen Ständekorporation, die nun „Fürsten und Stände“ (*duces et status*) genannt wurde. Im österreichischen Teil Schlesiens überdauerte diese bis 1848. Die Stände eines jeden Erbfürstentums bildeten jedoch kein gemeinsames Subjekt, das gegenüber dem Herzog des Lehensherzogtums gleichwertig gewesen wäre. Der Adel (Landschaft) und die Städte der Erbfürstentümer bildeten zwei getrennte kollektive Subjekte von kurialständischem Charakter. Auf diese Weise gestaltete sich im Fürstentag eine dreikuriale Struktur, in deren Rahmen alle schlesischen Fürstentümer, wenn auch nach verschiedenen Grundsätzen, vertreten waren. Zur Neige des 15. Jahrhunderts erschienen im Fürstentag auch noch die sogenannten freien Standesherrn, die einen fürstlichen Status ohne Fürstentitel in den aus den Herzogtümern ausgesonderten Freien Standesherrschaften erlangt hatten. Die Lehensherzogtümer und die Freien Standesherrschaften waren somit durch die in der ersten Kurie sitzenden Fürsten und die als Gruppe einbezogenen freien Standesherrn vertreten, die Erbfürstentümer dagegen durch die in zwei separaten Kurien, der zweiten adligen und der dritten städtischen, zusammengefassten Stände. In der Organisation des Fürstentags spiegelte sich somit der föderative Bund aller Fürstentümer und Freien Standesherrschaften Schlesiens wider, die jedoch in individueller und kollegialer Weise durch verschiedene Subjekte vertreten waren.

Lässt man die seit Mitte des 14. Jahrhunderts im Rahmen der abgeschlossenen Konföderationen (Einung, Bund) vorübergehend abgehaltenen Versammlungen beiseite, war der Fürstentag anfänglich die einzige Zusammenkunft der Fürsten und Stände. Neben seiner gesetzgebenden Funktion befasste er sich auch mit Justiz- und Verwaltungsaufgaben. Die Intensivierung dieser Tätigkeit, ihre steigende Komplexität und Bürokratisierung führten mit der Zeit zu einer organisatorischen Differenzierung in der Erfüllung dieser Funktionen durch strikte Bestimmung des Beratungsgegenstands, der Festlegung der Versammlungsteilnehmer, der Termineinhaltung und des Verhältnisses zum Fürstentag selbst. Auf diese Weise riefen die Fürsten und Stände Schlesiens 1498 das sogenannte „Ober- und Fürstenrecht“ ins Leben, das in derselben Besetzung wie der Fürstentag ausschließlich Funktionen der Gerichtsbarkeit wahrnahm.⁷ Seine termingebundenen Sitzungen eröffneten bald die Möglichkeit, nach dem Abschluss der Gerichtsangelegenheiten eine Versammlung in einer mit dem Fürstentag identischen Besetzung abzuhalten, die aber ausschließlich Landesziele zum Beratungsgegenstand hatte. Zur Beschäftigung mit Steuersachen entstand die Zusammenkunft der „General-Steuer-Raittungs-

---

⁷ KAZIMIERZ ORZECZOWSKI: Rola przywileju Władysława z 1498 r. w dziejach śląskiego stanowego parlamentaryzmu [Die Bedeutung des Privilegs Władysławs aus dem Jahre 1498 für die Geschichte des schlesischen Ständeparlamentarismus], in: Vladislavské zřízení zemské a počátky ústavního zřízení v Českých zemích (1500-1619), hrsg. von KAREL MALÝ und JAROSLAV PÁNEK, Praha 2001, S. 153-163.

abnahme“, für strikte Landesangelegenheiten dagegen die „Allgemeine Zusammenkunft“. Daneben entwickelten sich auch mit wechselnder Intensivität agierende vertretende und partielle Versammlungen (z.B. getrennt für Ober- und Niederschlesien, für Katholiken und Protestanten) sowie der besonders hervorzuhebende *conventus publicus*. Dieser Konvent in einer mit dem Fürstentag identischen Besetzung, jedoch mit ausschließlicher Beteiligung von Abgeordneten, begann 1663 seine Tätigkeit und befasste sich ständig mit der Erledigung der laufenden Angelegenheiten der Stände, was wahrscheinlich – allgemein gesagt – durch die Bürokratisierung der Entscheidungsprozeduren verursacht war. Dies erinnert an die Veränderungen des Reichstags. Nicht ohne Bedeutung war wohl auch die bewusste Politik der Bremsung dieser Prozesse seitens der sich entfaltenden habsburgischen Bürokratie. Demzufolge erreichte der Konvent eine Dominanz gegenüber dem Fürstentag, obwohl er tatsächlich nur ein ständiger Ausschuss desselben mit identischer Abgeordnetenbesetzung war. Die Lektüre der Quellen aus dieser Zeit vermittelt den Eindruck, dass der Fürstentag damals die Form der Aktivität des Konvents darstellte, und zwar in Sachen, die traditionell als „parlamentarisch“ angesehen wurden, d.h. solchen, in denen der Monarch (König von Böhmen und Oberherzog in Schlesien) die formale Proposition vorlegte (überwiegend in Steuerangelegenheiten) und auf diese eine positive Antwort erwartete.

Die Durchführung der Fürstentagsbeschlüsse wurde anfangs von den Fürsten selbst vorgenommen, und zwar mittels des eigenen Beamtenapparates, jedoch mit der Zeit auch durch Beteiligung der in den einzelnen Fürstentümern von den Ständekorporationen gebildeten Ämter (Kapitel, Klöster, Städte, Adel) sowie der monarchisch-ständischen Behörden („Ober-Landeshauptmann“). Die Schwäche der damaligen Exekutive versuchte man auch durch den Abschluss von Konföderationen zur Realisierung gewisser öffentlicher Ziele zu überwinden. Die Korporation der Fürsten und Stände Schlesiens begann erst im 16. Jahrhundert einen eigenen Beamtenapparat in der Form monokratischer und kollegialer Behörden aufzubauen („General-Landes-Bestallte“, „Landeszahlmeister“, „Feldobriste“, „Einspännige“, „General-Steuer-Amt“, „General-Steuer-Cassa“). Im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts bildete man spezialisierte Deputationen und Kommissionen, von denen einige einen ständigen Charakter gewannen und somit den Ausschüssen des Fürstentags bzw. des Konvents ähnelten („General Steuer Cassae Deputation“, „Ober Accis Deputation“, „Vermögenssteuer Commission“). Die wichtigste Exekutivbehörde in Schlesien war jedoch der „Ober-Landeshauptmann“, ein Amt monarchisch-ständischen Charakters, welches im Laufe des Dreißigjährigen Krieges (1629) von den Habsburgern in das bürokratische und kollegiale „Ober-Amt“ umgewandelt wurde. Schon bald wurde es zum gesamtschlesischen Exekutivorgan, das gleichzeitig unter den Bedingungen des habsburgischen Absolutismus die politische Führung und die Aufsicht über das gesamte politische Leben in Schlesien ausübte.

2.2. Die Versammlungen der Fürstentümer und Standesherrschaften

Die wichtigste Ständekorporation in den Fürstentümern und den Freien Standesherrschaften bildete der Adel; daher spielte dort auch der Landtag eine wichtige Rolle. Es war dies zunächst eine allgemeine Versammlung des Adels, welche zum Substrat des politischen Zusammenwirkens des Adels auch mit anderen Ständen wurde. Die grundlegende Voraussetzung der Beteiligung im Landtag war das Grundeigentum nach ritterlichem (Allodial- oder Lehens-)Recht. Im Zusammenhang damit erreichen schon zur Wende des 13. zum 14. Jahrhundert einige kirchliche Institutionen (Bistümer, Klöster, Kapitel), Städte und einige herausgehobene Gruppen des sogenannten freien Volkes (Schulzen, ländliche Erbrichter, Freibauern) den Landschafts-Status. Im Grunde genommen war der Landtag, wie auch dessen Name zeigt, eine Versammlung der Grundbesitzer, selbstverständlich vom Adel majorisiert. Obwohl der Ursprung des Landtags am häufigsten in den piastischen Versammlungen vermerkt wird, d.h. den Zusammenkünften des Herzogs mit den Baronen und eventuell dem „enigmatischen“ Volk, die als Erweiterung der traditionellen Besetzung des Herzogsrats um ständisch organisierte Subjekte angesehen werden, so scheint es doch, dass er tatsächlich in Opposition zu diesen Zusammenkünften bzw. dem Herzogsrat als Resultat der politischen Organisation der Ritterschaft in den Weichbildern entstanden ist. Dies beweist das Fehlen einer höheren Kammer in den Landtagen, die aus dem Herzogsrat hervorgegangen wäre, sowie die Behandlung des Herzogs und der ihn vertretenden Beamten als äußere Subjekte. Deutlich dagegen war die Aufteilung des Adels in Weichbilder, es sei denn, dass das Herzogtum nur ein Weichbild umfasste, was im Landtag des Herzogtums eine gemeinsame Versammlung der Weichbildzusammenkünfte sehen lässt. Es lohnt sich hier auf die gleichartige Lage im polnischen Parlament (*sejm walny*) hinzuweisen, in welchem seit Ende des 15. Jahrhunderts die Abgeordnetenkammer eine Versammlung der Vertreter aller Landtage (*sejmiki ziemskie*) gewesen war. Diese Wahrnehmung wird durch die Rolle des Kollegiums der Landesältesten gefestigt, die sich aus allen Weichbildern in der gesamten Korporation des Fürstentums rekrutierten. Durch Erweiterung der Zusammensetzung dieses Kollegiums um die „Landes-Deputierten“ und weitere Beamten der Weichbilder entstand allmählich der „Landes Ausschuss“, der eine vertretende Form des Landtags in der Zeit zwischen seinen Tagungen darstellte und der mit der Zeit die Mehrzahl der Ständeangelegenheiten erledigte. Infolge dieser Evolution kam es jedoch nicht zu einer Umkehr der Verhältnisse zwischen dem Landtag und dem „Landes Ausschuss“, wie es zwischen dem Konvent und dem Fürstentag der Fall war. Die Beteiligung der Kapitel, Klöster, Städte und Freien in einigen Landtagen nahm die Form separater Kurien an, die dem Landtag eine Weichbild-kuriale Struktur gaben. In den Landtagen der oberschlesischen Fürstentümer bildeten sich auch separate Kurien des höheren Adels (der Herren), wahrscheinlich unter dem Einfluss des benachbarten Böhmen, Mähren,

möglicherweise auch Ungarn. Im Landtag des Herzogtums Breslau bildeten sich schließlich drei Kurien: die erste der „Landes Eltesten“, die zweite des Klerus und die dritte der Ritterschaft. Die Städte waren somit nicht in ihm vertreten, was wohl auf die besonders privilegierte Stellung Breslaus zurückzuführen war, die an den Status einer freien Reichsstadt erinnerte. Im Landtag des Herzogtums Neisse gab es vermutlich eine separate Kurie der Freien. Besonders bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in einigen Fürstentümern separate Zusammenkünfte der Städte und sporadisch auch des Klerus stattfanden, was der stark eingewurzelten These von ihrem Erscheinen in der Anfangsphase der Bildung der Ständeversammlungen und ihrem späteren Schwund widerspricht.

Die Ständekorporationen der Fürstentümer und der Freien Standesherrschaften mit dem Adel an der Spitze schufen auch einen eigenen Behördenapparat, ohne den man sich ein leistungsfähiges Funktionieren der Ständeversammlungen nicht vorstellen kann. Zu den wichtigsten monokratischen Ämtern mit allgemeinen Kompetenzen zählten, außer den „Landesältesten“ und „-Deputierten“, der „Landes Bestellte“ und der „Landes Syndicus“ sowie eine Gruppe spezialisierter Beamter, vor allem für Justiz- und Finanzangelegenheiten. Die Letzteren verwalteten die kollegiale Steuerbehörde des Fürstentums, das „Steuer Amt“, und die ihr unterstellte „Landes Cassa“.

2.3. Die Weichbilder-Versammlungen

Die Entstehung lokaler Weichbilder-Korporationen der Ritterschaft in den schlesischen Fürstentümern ist eine besonders bemerkenswerte Erscheinung. Sie ist nur östlich der Elbe zu finden, worauf bereits vor vielen Jahren der bedeutende Verfassungshistoriker Otto Hintze hingewiesen hatte⁸. Auch diese äußerten ihre politischen und ökonomischen Interessen mittels entsprechender Organe, und zwar durch Versammlungen und Ämter. Die wichtigste Versammlung war der Weichbildtag bzw. Kreistag. Sitz und Stimme hatte hier jeder adelige Grundbesitzer. Als gemeinsame Subjekte des Grundbesitzes nach ritterlichem Recht konnten sich auch Kapitel, Klöster und Städte beteiligen. Dies verlieh den Versammlungen mit der Zeit den Charakter einer Zusammenkunft der Grundbesitzer, beeinflusste jedoch die Organisation des Weichbildtages nicht, denn die nichtadeligen Grundbesitzer bildeten in ihm keine separaten Kurien und wurden somit vom Adel majorisiert. Die schlesischen Land- und Weichbildtage ähneln somit den polnischen Landtagen, den ungarischen Komitatsversammlungen, den böhmischen und mährischen Kreistagen sowie den lokalen Lausitzer Versammlungen.

---

⁸ Die Wurzeln der Kreisverfassung in den Ländern des nordöstlichen Deutschland, Staatenbildung und Kommunalverwaltung, in: OTTO HINTZE: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hrsg. von FRITZ HARTUNG, Leipzig 1941, S. 177-205, 207-231.

Der am frühesten begegnende und wichtigste Beamte der Weichbildkorporation war der Landesälteste. Ab und zu wurden von der Versammlung mehrere Landesälteste berufen, die dann ein Beamtenkollegium bildeten, welches die Korporation leitete, ihre Interessen wahrte und die Durchführung der Beschlüsse überwachte. Durch die Erweiterung dieses Gremiums um die Landesdeputierten und eventuelle weitere ständische Beamte erfolgte dessen Umwandlung in den so genannten „Landes Ausschuss“ bzw. das „Landes Collegium“, als Mittelform zwischen der allgemeinen Versammlung und den von diesem berufenen und kontrollierten Behörden. In der Zeit zwischen den Tagungen spielte es dann die Rolle eines vertretenden Organs gegenüber dem Weichbildtag. Mit der Zeit wurden in den Weichbildern spezialisierte Ständeorgane gebildet, zuerst gerichtliche (Assessoren, Schöffen, Schreiber), dann fiskalische (Einnehmer, Kassierer, Buchhalter), exekutiv-polizeiliche („Landes Kämmerer“, „Landes Dragoner“, „Landes Physiker“), militärische („Marsch Kommissare“) u.a. In der Mehrzahl überdauerten diese die Reformen der verwaltungsmäßigen Gliederung Schlesiens, die in den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts durchgeführt wurden.

3. Das Problem des Niedergangs

Nach dem Dreißigjährigen Krieg verlor das System des schlesischen Ständeparlamentarismus unter dem Druck des sich verstärkenden habsburgischen Absolutismus immer mehr an Bedeutung. Die abschließende Phase seiner Geschichte läutete jedoch der preußische König ein, der am Ende des Jahres 1740 Schlesien mit seinen Truppen besetzte. Infolgedessen wurde der überwiegende Teil Schlesiens (Preußisch-Schlesien) zum Bestandteil des Königreichs Preußen als sogenanntes „Souveraines Herzogtum Ober- und Niederschlesien“, und der kleinere Teil (Österreichisch- oder Böhmischeschlesien), der das Herzogtum Teschen sowie größere Teile der Herzogtümer Neisse, Troppau und Jägerndorf umfasste, blieb weiterhin ein Bestandteil des Königreichs Böhmen als Erbherzogtum Ober- und Niederschlesien. Das weitere Schicksal Schlesiens verlief seitdem im preußischen und österreichischen Teil unterschiedlich.

3.1. Österreichisch-Schlesien

Im österreichischen (böhmischen) Teil lebten weiterhin, obwohl in territorial und personal verkleinerter Gestalt, Konvent und Fürstentag sowie die Landtage der Fürstentümer und die Ständeämter dieses schlesischen Anteils und von dessen Fürstentümern fort.⁹ Es fehlten jedoch die Weichbildtage und

---

⁹ CHRISTIAN D'ELVERT: Die Verfassung und Verwaltung von Oesterreichisch=Schlesien in ihrer historischen Ausbildung, dann die Rechtsverhältnisse zwischen Mähren, Troppau und Jägerndorf, so wie der mährischen Enklaven zu Schlesien, Brünn 1854; KARL BERTHOLD: Schlesiens Landesvertretung und Landeshaushalt von ihren Anfängen bis zur neuesten Zeit, 3 Bde., Troppau 1909.

-ämter. Der zum ersten Mal bereits 1743 einberufene Fürstentag bestand nur aus einigen Personen (vier Fürsten und ein Deputierter der Stände des Fürstentums Troppau-Jägerndorf). Er versammelte sich seitdem jedes Jahr zur Anhörung des Monarchenpostulats, dessen Inhalt überwiegend Steuerforderungen betraf. Diese wurden gehorsam akzeptiert; im Gegenzug fertigte der Monarch jedes Mal den traditionellen (bis in das 16. Jahrhundert zurückreichenden) Revers an, in welchem er feierlich erklärte, dass das seitens der Stände gezeigte Verständnis nicht ihre Privilegien, Freiheiten und Rechte beeinträchtige. Ein ablehnender Beschluss des Fürstentags auf die Forderungen des Monarchen ist nicht vorgekommen. Ebenfalls 1743 begann auch die Tätigkeit des Konvents (*conventus publicus*, schlesischer Konvent, öffentlicher Konvent), der wie vor 1740 einen Ausschuss zur Erledigung der laufenden Geschäfte in der Zeit zwischen den Tagungen des Fürstentags darstellte. Das Ende des traditionellen Parlamentarismus in diesem Teil Schlesiens brachte das Jahr 1848, als der Kaiser den „verstärkten schlesischen öffentlichen Konvent“ einberufen ließ, der aus 48 Personen, eingeteilt in drei Kategorien (Großgrundbesitz, Städte, Kleingrundbesitz), bestand. Der so zusammengesetzte Konvent wählte den „großen Ausschuss des verstärkten schlesischen öffentlichen Konvents“, der mit 13 Personen besetzt war. In der Atmosphäre revolutionärer Stimmungen erteilte der Kaiser im folgenden Jahr sogar eine „Landesverfassung für das Herzogtum Ober- und Nieder-Schlesien“, die jedoch schon bald wieder eingestellt wurde. Seitdem funktionierte noch bis 1861 der schlesische Konvent, aber lediglich als „größerer und engerer Ausschuss des verstärkten schlesischen Konvents“. Dieses Datum muss als endgültiger Abschluss der Geschichte des Ständeparlamentarismus in diesem Teil Schlesiens angesehen werden.

3.2. Preußisch-Schlesien

Im preußischen Teil Schlesiens wurden alle Ständeeinrichtungen auf der gesamtschlesischen Ebene wie auch in den Fürstentümern und Standesherrschaften aufgelöst; nur auf der Stufe der Kreise, die sich zumeist mit einem Weichbildgebiet deckte oder auch den Verband mehrerer Weichbilder darstellte, blieben diese erhalten.¹⁰ Die Kreiskorporationen des Adels funktionierten weiter im Kreistag, dessen Rolle die preußischen Behörden auf verschiedene Weise einzuschränken suchten; ähnlich war die Lage der bisherigen Weichbildämter. Das Amt des „Landesältesten“ wurde in „Landrat“ umbenannt, der zu einem monarchisch-ständischen Beamten wurde, da er vom Monarchen nominiert wurde, wenn auch aus dem Kreis der vom Kreistag vorgeschlagenen Kandidaten. Ihm wurden die traditionell ständischen Weich-

¹⁰ NORBERT CONRADS: Die schlesischen Stände zwischen Habsburger Monarchie und Brandenburg-Preußen. Die schlesische Ständeversammlung im Umbruch. Vom altständischen Herzogtum zur preußischen Provinz, in: Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen, hrsg. von PETER BAUMGART, Berlin – New York 1983 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 55), S. 335-364.

bildämter: „Kreis Einnehmer“, „Kreis Physiker“, „Landes Dragoner“, „Kreis Deputierte“, „Marsch Kommissare“ unterstellt. Als ein Versuch der politischen Belebung der Stände in einem die Kreisstufe überschreitenden Maßstab kann die 1770 vom preußischen König angeordnete Bildung der „Schlesischen Landschaft“ angesehen werden, die an die ständische Tradition des Adels in der Habsburgerzeit anknüpfte.¹¹ Sie fand Ausdruck in der Tätigkeit des „Generallandtags“, der für ganz Preußisch Schlesien zuständig war, sowie weiterer acht Landtage, die jeweils zwei bis drei benachbarte Fürstentümer umfassten. Die Aktivität der „Landschaft“ wurde jedoch nur auf die Kredit-tätigkeit eingeschränkt, die – allerdings in einem anderen Bereich – vor 1740 ein Teil der Tätigkeit der Ständekorporationen gewesen war. Eine stärkere Reanimation des Ständeparlamentarismus erfolgte jedoch nach den Napoleonischen Kriegen.¹² Im Jahre 1824 wurde vom Monarchen der gesamtschlesische Landtag einberufen, 1827 dann die Kreistage. Der Landtag hatte eine Struktur, die teilweise an die des Fürstentags anknüpfte, und bestand aus den vier Ständen der Fürsten mit den freien Standesherrn, des Adels, der Städte und der restlichen Grundbesitzer mitsamt den Zinsbauern. Im Rahmen der preußischen absoluten Monarchie hatte er aber nur eine beratende und exekutive Funktion hinsichtlich der vom König und dessen Verwaltungsapparat gefassten Beschlüsse. Gegenstand der Tagungen des Landtags waren lediglich königliche Vorschläge (Propositionen), die manchmal Gesetzesentwürfe enthielten, sowie die dem König vorzulegenden Petitionen und Beschwerden, auch die mit der Verwaltung des Provinzialvermögens verbundenen Angelegenheiten. Während seiner 50-jährigen Tätigkeit versammelte er sich insgesamt 35-mal, im Durchschnitt also alle anderthalb Jahre. Zur Verbesserung seiner Arbeiten wurde 1842 ein zwölfköpfiger „Provinzial-Ausschuss“ gebildet, 1869 kam noch die „Landesdeputation der Provinz Schlesien“ mit der von einem Direktor geleiteten „Provinzial-Stände-Haupt-Kasse“ für die Verwaltung des Provinzialvermögens hinzu; auch zwei neue monokratische Ämter – des Landeshauptmanns und des Landessyndicus – wurden ins Leben gerufen. Das formale Ende des Ständeparlamentarismus in Preußisch Schlesien brachten zwei Ordnungen: die Kreisordnung von 1872 und die Provinzialordnung des Jahres 1875. Die auf ihrer Grundlage tätigen Land- und Kreistage waren seitdem keine Organe der territorialen Ständekorporationen mehr, son-

---

¹¹ HERBERT SCHNABEL: *Geschichte und Organisation der Schlesischen Landschaft*, Jur. Diss., Breslau 1930.

¹² TOMASZ KRUSZEWSKI: *Sejm prowincjonalny na Śląsku (1824-1933)* [Der Provinziallandtag in Schlesien (1824-1933)], Wrocław 2000; ROLAND GEHRKE: *Das isolierte Parlament. Zur parlamentarischen Praxis der schlesischen Provinziallandtage zwischen Restauration und Revolution (1825-1845)*, in: *Aufbrüche in die Moderne. Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus 1750-1850. Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa*, hrsg. von DEMS., Köln 2005, S. 205-240; DERS.: *Parlamentarismusforschung*, in: *Historische Schlesienforschung* (wie Anm. 5), S. 235-266.

dem nachständische, die im Rahmen der preußischen konstitutionellen Monarchie und der kommunalen territorialen Selbstverwaltung funktionierten.

Summary

Between East and West. The Silesian Estates' Parliamentary System from its Beginnings down to the 19th Century

The Silesian parliamentarism of estates can be seen in Silesia as a whole, in the individual dukedoms and in the municipal areas. Its beginning was the *colloquium*, a congress of dukes and their subjects. In the 14th century, the colloquium developed into a pan-Silesian meeting between piast dukes, the diet of princes (*Fürstentag*). In 1430's, the constitution of the *Fürstentag* was changed. It was no longer an exclusive assembly of piast dukes, but, in addition, included Silesian dukes and sovereigns of different dynasties. Later, representatives of the nobility, of the towns and of the clergy also took part in the *Fürstentag*, whose competencies were legislation, justice and administration.

On other hand, the provincial diet (*Landtag*) was a congregation of the respective sovereigns and of the free magnates. Only landowners of knightly law were allowed to participate. Besides the nobility, churchmen, towns and other freemen were among the assembled. On a local level, one finds the municipal corporations as a third element in the Silesian parliamentarism of the estates. The most prominent examples of these corporations were the county councils (*Weichbildtage*, *Kreistage*). Mandate and vote were initially restricted to noble landowners; later, monasteries and towns are admitted as property owners in knightly law. Council commissions had legislative, executive (police) and military duties.

The system was brought to an end with the conquest of the greater part of Silesia by the King of Prussia, who dissolved all estates' assemblies at the central and the dukedom level. Only at the local level did the councils survive.

The formation of the *Silesian Territory* represented an experiment to establish a corporation on a national level. Its competences were limited to grant loans.

Another revival of the Silesian estates' parliamentarism was the convocation of the Silesian State Parliament and the county councils by the monarch in 1824. The structure of the State Parliament was similar to that of the *Fürstentag*. Its competencies were consultation and assistance to the executive on the implementation of the monarchical enactments. With the county constitution (*Kreisordnung*) enacted in 1872, and the province constitution (*Provinzialordnung*) enacted in 1875, this parliamentarism of the estates came to an end, as the designated *Landtag* and *Kreistag* were no longer corporations by class, but by territorial self-administration in the constitutional monarchy.

In the Austrian part of Silesia the county councils were dissolved, whereas the state parliament and *Fürstentag* were rearranged as a result of the convocation of the Enlarged *Silesian public convention* consisting of 48 landowners and burghers. These representatives elected the 13 commissioners of the *Greater commission of the enlarged Silesian public convention*.